Gesellschaftsvertrag
der Firma
Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein GmbH

§ 1 Firma der Gesellschaft, Sitz

- (1) Die Gesellschaft führt die Firma Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein GmbH.
- (2) Ihr Sitz ist Hamburg.

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Einrichtung, der Erwerb und der Betrieb von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs in Hamburg und im Territorium der Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn sowie Herzogtum Lauenburg (inkl. abgehender Linien und Teildienste) und Personenverkehr anderer Art sowie der Abschluss von Geschäften, die unmittelbar oder mittelbar hiermit zusammenhängen.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an Unternehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar förderlich sind, zu beteiligen und solche Unternehmen zu erwerben, zu pachten oder zu errichten.
- (3) Das Unternehmen hat die sonstigen von den Gesellschaftern festgelegten öffentlichen Interessen zu berücksichtigen.

§ 3 Stammkapital, Geschäftsanteile

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt Euro 10.157.680,00.
Der Nennbetrag jedes Geschäftsanteils beträgt EURO 1,00.
- (2) Am Stammkapital sind die ehemaligen Aktionäre der Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG, Hamburg, in dem Verhältnis beteiligt, in dem die im Zeitpunkt der Eintragung der neuen Rechtsform (GmbH) im Handelsregister am Grundkapital der Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG beteiligt waren. Dies sind:
 - die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV), und zwar mit Geschäftsanteilen Nrn. 1 bis 9.568.000 sowie
 - die VHH Beteiligungsgesellschaft mbH, und zwar mit Geschäftsanteilen Nrn. 9.568.001 bis Nr. 10.157.680.

- (3) Das Stammkapital der Gesellschaft ist in voller Höhe erbracht durch den Formwechsel des bisherigen Rechtsträgers, der Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG, gemäß Umwandlungsbeschluss der Gesellschaft vom 26.08.2015 in die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Das Vermögen der Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG ist nach der Eintragung des Formwechsels Vermögen der Gesellschaft. Es besteht keine Nachschussverpflichtung¹.

§ 4 Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind

1. der oder die Geschäftsführer bzw. Geschäftsführerinnen („die Geschäftsführung“),
2. der Aufsichtsrat und
3. die Gesellschafterversammlung.

§ 5 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat zwei oder mehr Geschäftsführer bzw. Geschäftsführerinnen, die vom Aufsichtsrat in Übereinstimmung mit § 31 MitbestG bestellt und abberufen werden.

§ 6 Vertretung der Gesellschaft

- (1) Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer/eine Geschäftsführerin zusammen mit einem Prokuristen/einer Prokuristin vertreten.
- (2) Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann allen oder einzelnen Geschäftsführern/Geschäftsführerinnen allgemein oder im Einzelfall Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden. Alle oder einzelne Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen können durch Beschluss des Aufsichtsrates allgemein oder im Einzelfall von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.

¹ Verkehrsbetriebe müssen ein Mindestkapital pro Fahrzeug vorhalten (9.000 EUR für das 1. Fahrzeug, 5.000 EUR für jedes weitere; Art. 7, EU VO 1071/2009 i.V. m. § 2 Abs. 2 Nr. 2 PBZugV) ansonsten droht ein möglicher Verlust der finanziellen Leistungsfähigkeit.

§ 7 Aufsichtsrat: Zusammensetzung, Wahl

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus zwölf Mitgliedern. Fünf Mitglieder werden von der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) als Gesellschafter der HGV entsandt, ein Mitglied wird von der VHH Beteiligungsgesellschaft mbH entsandt; sechs Mitglieder werden von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes gewählt.
- (2) Alle Mitglieder des Aufsichtsrates können längstens auf die nach § 102 des Aktiengesetzes zulässige Zeit bestellt werden. Wiederbestellung ist zulässig.
- (3) Dem Aufsichtsrat soll nicht mehr als ein ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung angehören, Aufsichtsratsmitglieder sollen keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens ausüben.
- (4) Gleichzeitig mit den Aufsichtsratsmitgliedern kann für ein oder mehrere bestimmte Mitglieder jeweils ein Ersatzmitglied bestellt werden, das bei Ausscheiden des betreffenden Mitglieds für dessen restliche Amtszeit an seine Stelle tritt.
- (5) Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Aufsichtsratsmitglieds kann, falls ein Ersatzmitglied nicht bestellt ist, ein neues Mitglied nur für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds bestellt werden.
- (6) Der Aufsichtsrat wählt zu Beginn seiner Amtszeit nach Maßgabe von § 27 des Mitbestimmungsgesetzes aus seiner Mitte einen Vorsitzenden bzw. eine Vorsitzende und dessen/deren Stellvertreter bzw. Stellvertreterin. Scheidet der bzw. die Vorsitzende oder ein Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin aus seinem/ihrem Amt aus, hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Ersatzwahl vorzunehmen.
- (7) Unmittelbar im Anschluss an die Wahl des/der Aufsichtsratsvorsitzenden und dessen Stellvertreters/deren Stellvertreterin bildet der Aufsichtsrat zur Wahrnehmung der in § 31 Abs.3 MitbestG genannten Aufgaben einen Ausschuss, dem der/die Aufsichtsratsvorsitzende und dessen/ deren Stellvertreter bzw. Stellvertreterin sowie je ein von den Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmenden und von den Aufsichtsratsmitgliedern der

Anteilseigner mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewähltes Mitglied angehört. Den Vorsitz in diesem Ausschuss führt der/die Aufsichtsratsvorsitzende.

§ 8 Aufsichtsrat: Aufgaben, Zustimmungsvorbehalte

- (1) Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführer bzw. Geschäftsführerinnen zu beraten und deren Geschäftsführung zu überwachen. Er kann von der Geschäftsführung jederzeit einen Bericht über die Angelegenheiten der Gesellschaft verlangen, die Bücher und Schriften der Gesellschaft einsehen und prüfen sowie örtliche Besichtigungen vornehmen; er kann damit auch einzelne Mitglieder oder für bestimmte Aufgaben besondere Sachverständige beauftragen.
- (2) Der Aufsichtsrat berät über zustimmungspflichtige Geschäfte gemäß § 11 Absatz (3) bis (5) des Gesellschaftsvertrages und unterbreitet der Gesellschafterversammlung Empfehlungen dazu. Die nachfolgend aufgeführten Geschäfte bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats:
 - a) der Wirtschaftsplan und seine Änderungen sowie Entscheidungen über Aufträge, die im Wirtschaftsplan nicht vorgesehen sind oder bei denen die Ansätze im Wirtschaftsplan überschritten werden, ab einer vom Aufsichtsrat für die Geschäftsführung festgelegten Wertgrenze,
 - b) Grundstücksgeschäfte sowie Abschluss, Änderung oder Aufhebung von Miet- und Pachtverträgen ab einer vom Aufsichtsrat für die Geschäftsführung zu bestimmender Zeitdauer und/oder Wertgrenze,
 - c) die Aufnahme von Anleihen oder Krediten ab einer vom Aufsichtsrat für die Geschäftsführung festzulegenden Wertgrenze, sofern damit das mit dem Wirtschaftsplan genehmigte Aufnahmevermögen überschritten wird,
 - d) die Festlegung von Grundsätzen und Handlungsrahmen für die Aufnahme und Gewährung von Krediten und Darlehen sowie die Übernahme von Bürgschaften, Garantien sowie sonstigen Verpflichtungen zum Einstehen für fremde Verbindlichkeiten; Darlehen an Geschäftsführer bzw. Geschäftsführerinnen, Prokuristen bzw. Prokuristinnen, Handlungsbevollmächtigte sowie an Aufsichtsratsmitglieder und jeweils auch deren Angehörige sind unzulässig,
 - e) die allgemeinen Vereinbarungen und Maßnahmen zur Regelung der arbeits- und versorgungsrechtlichen Verhältnisse der Beschäftigten mit finanziellen Auswirkungen,

- f) der Abschluss von Vermögens-Haftpflichtversicherungen (D&O-Versicherungen) für Geschäftsführungen,
- (3) Im Übrigen bestimmen sich die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes, den hiernach anzuwendenden zwingenden Vorschriften des Aktiengesetzes und nach den Vorschriften dieses Gesellschaftsvertrages.

§ 9 Aufsichtsrat: Geschäftsordnung, Ausschüsse

- (1) Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (2) Er kann Ausschüsse von mindestens drei seiner Mitglieder bilden und ihnen einzelne seiner Aufgaben zur Vorbereitung oder, soweit § 107 Absatz 3 Satz 2 des Aktiengesetzes nicht entgegensteht, durch einstimmigen Beschluss zur selbstständigen Erledigung übertragen.

§ 10 Aufsichtsrat: Beschlussfähigkeit, Stellvertretung

- (1) Soweit gesetzlich nicht anders geregelt, ist der Aufsichtsrat beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder an der Beschlussfassung teilnimmt; § 108 Abs. 3 AktG ist anwendbar. Das Gleiche gilt für die Ausschüsse mit der Maßgabe, dass in jedem Fall mindestens drei Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen müssen.
- (2) Soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist, fassen der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Ergibt eine Abstimmung Stimmengleichheit, kann der Vorsitzende denselben Tagesordnungspunkt nach seinem pflichtgemäßen Ermessen erneut zur Abstimmung stellen. Ergibt auch diese Abstimmung Stimmengleichheit, hat der Vorsitzende zwei Stimmen. § 108 Abs.3 des Aktiengesetzes ist auf die Abgabe der zweiten Stimme des Vorsitzenden entsprechend anzuwenden. Dem stellvertretenden Vorsitzenden steht die zweite Stimme nicht zu.
- (3) Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen von Aufsichtsratsmitgliedern können nicht bestellt werden. An den Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse können jedoch Personen, die dem Aufsichtsrat nicht angehören, anstelle von verhinderten

Aufsichtsratsmitgliedern teilnehmen, wenn sie von diesen hierzu schriftlich ermächtigt sind. Sie können auch schriftliche Stimmabgaben der abwesenden Aufsichtsratsmitglieder überreichen.

§ 11 Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Gesellschafterbeschlüsse werden in Gesellschafterversammlungen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften oder dieser Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorsehen. Für die Gesellschafterbeschlüsse gemäß § 11 Absatz (3) Buchstabe a) sowie § 11 Absatz (4) Buchstabe a), c), e) und f) ist Einstimmigkeit erforderlich. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Die Anwendung des § 47 Absatz 4 GmbHG ist, soweit zulässig, ausgeschlossen.
- (2) Jeder Euro eines Geschäftsanteils gewährt in der Gesellschafterversammlung eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann sein Stimmrecht nur einheitlich ausüben.
- (3) Die Gesellschafterversammlung beschließt über
 - a) die Änderung des Gesellschaftszwecks und des Zielbildes der Gesellschaft (vgl. § 2 Absatz 3),
 - b) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Genehmigung des Lageberichts und die Verwendung des Jahresergebnisses oder Bilanzgewinns,
 - c) die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats,
 - d) die Wahl des Abschlussprüfers,
 - e) die Zustimmung zur Verfügung über Geschäftsanteile oder über Teile von solchen,
 - f) alle Angelegenheiten der Gesellschaft, die nicht durch zwingende gesetzliche Vorschriften oder durch diesen Gesellschaftsvertrag auf den Aufsichtsrat oder die Geschäftsführung übertragen sind, sowie alle Angelegenheiten und Maßnahmen der Geschäftsführung, denen der Aufsichtsrat zuvor die Zustimmung verweigert hat. Die Entscheidungsbefugnis umfasst auch die Befugnis, der Geschäftsführung insofern Weisung zu erteilen.
- (4) Der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf im Übrigen:
 - a) die Bestellung und Abberufung von Prokuristen bzw. Prokuristinnen und Generalbevollmächtigten; eine Einzelprokura darf nicht erteilt werden,

- b) die Gründung anderer Unternehmen, der Erwerb, die Veräußerung sowie Belastung von Beteiligungsrechten,
- c) Maßnahmen der Compliance,
- d) die Errichtung, Verlegung und Aufhebung von Zweigniederlassungen oder Betriebsstätten innerhalb der Landesgrenzen von Hamburg,
- e) Errichtung, Betrieb, Erwerb oder Einstellung von öffentlichem Personenverkehr im Territorium der Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg (inkl. abgehender Linien und Teildienste) durch die Gesellschaft sowie die Abgabe von Angeboten für entsprechende Leistungen im Rahmen von wettbewerblichen Verfahren und
- f) die Gründung und Schließung von Betriebsstätten außerhalb der Landesgrenzen von Hamburg.

Absatz (4) und der vorstehende Absatz (3) erfassen auch die Ausübung der Stimmrechte bei Tochter- oder Beteiligungsgesellschaften der Gesellschaft bei den in den beiden Absätzen genannten Beschlussgegenständen; auch die Regelungen in Absatz (5) und Absatz (6) schließen solchermaßen erfasste Beschlussfassungen und Beschlussgegenstände in Tochtergesellschaften entsprechend ein.

- (5) Die HGV ist verpflichtet, von der VHH Beteiligungsgesellschaft mbH eingebrachten Beschlüssen im Sinne des § 11 Absatz (4) Buchstabe e) und f) zuzustimmen, sofern die aufgeführte(n) Maßnahme(n) für die Gesellschaft wirtschaftlich nicht nachteilig ist bzw. sind und hierdurch keine zusätzlichen Belastungen für die HGV entstehen. Die Geschäftsführung der Gesellschaft legt der Gesellschafterversammlung eine auf der Grundlage einer Vollkostenrechnung erfolgte betriebswirtschaftliche Planungsrechnung vor, die die wirtschaftlichen Folgen der Maßnahme darstellt. Für Beschlüsse nach § 11 Absatz (4) Buchstabe e) gilt die Zustimmungspflicht nur, sofern das Territorium von Hamburg nicht berührt wird und die vorgelegte auf der Grundlage einer Vollkostenrechnung erfolgte betriebswirtschaftliche Planungsrechnung aus einer Linienerfolgsrechnung oder Teilnetzerfolgsrechnung abgeleitet wurde.
- (6) Die VHH Beteiligungsgesellschaft mbH ist verpflichtet, von der HGV eingebrachten Beschlüssen i.S.d. § 11 Absatz (4) Buchstabe f) hinsichtlich der Schließung von Betriebsstätten außerhalb der Landesgrenze von Hamburg zuzustimmen, wenn andernfalls – das

heißt ohne die Schließung – für die Gesellschaft ein wirtschaftlicher Nachteil entstünde bzw. zusätzliche Belastungen für die HGV entstünden. § 11 Absatz (5) Satz 2 gilt für diesen Fall entsprechend.

- (7) Der Versammlungsleiter hat nach jeder Beschlussfassung das Ergebnis festzustellen, den Beschluss zu verkünden und dies im Versammlungsprotokoll festzuhalten.
- (8) Sofern keine zwingenden gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen, können im Einverständnis aller Gesellschafter Beschlüsse auch ohne Einhaltung der gesetzlichen und gesellschaftsvertraglichen Vorschriften für die Einberufung und Ankündigung von Gesellschafterversammlungen sowie auch außerhalb von Gesellschafterversammlungen und darüber hinaus in jeder beliebigen Form, auch im Wege jeder Art von Telekommunikation, mittels E-Mail und auch in gemischter Form gefasst werden. Stimmenthaltungen gelten in diesem Fall für die Feststellung des Beschlussergebnisses nicht als abgegebene Stimmen, die Teilnahme an der Beschlussfassung dagegen als Einverständnis mit der gewählten Beschlussform. Auch solchermaßen außerhalb einer Gesellschafterversammlung gefasste Beschlüsse sind in einem Protokoll schriftlich niederzulegen. Bei Fehlen eines Versammlungsleiters ist das Protokoll von dem an der Beschlussfassung teilnehmenden Gesellschafter oder Gesellschaftervertreter mit der höchsten Beteiligung, bei Beteiligungsgleichheit von dem an Lebensjahren ältesten an der Beschlussfassung teilnehmenden Gesellschafter oder Gesellschaftervertreter oder einem von diesem bestimmten an der Beschlussfassung teilnehmenden Gesellschafter oder Geschäftsführer zu unterzeichnen und zudem die Art und Weise der einzelnen Stimmabgaben wiederzugeben.
- (9) Gesellschafterbeschlüsse können nur innerhalb eines Monats nach Zugang des Protokolls bzw. bei fehlendem Protokollzugang innerhalb von sechs Wochen nach Kenntniserlangung des Gesellschafters von der Beschlussfassung angefochten werden. Nach Ablauf dieser Frist gelten etwaige Beschlussmängel als geheilt.

§ 12 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

§ 13 Erklärung zum Hamburger Corporate Governance Kodex

Geschäftsführung und Aufsichtsrat erklären jährlich, es wurde und werde den Empfehlungen des Hamburger Corporate Governance Kodex entsprochen oder welche Empfehlungen nicht oder mit welchen Abweichungen angewendet wurden oder werden. Eventuelle Nichtanwendungen oder Abweichungen von Empfehlungen sind zu erläutern.

§ 14 Jahresabschluss; Aufstellung, Prüfung, Beschluss

- (1) Die Geschäftsführung hat in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres für das vergangene Geschäftsjahr den Jahresabschluss und den Lagebericht aufzustellen und dem Abschlussprüfer vorzulegen. Für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sind die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften anzuwenden. Nach Prüfung durch den Abschlussprüfer legt die Geschäftsführung unverzüglich den Jahresabschluss, den Lagebericht sowie einen Vorschlag für die Verwendung des Jahresergebnisses oder Bilanzgewinns dem Aufsichtsrat vor.
- (2) Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresergebnisses oder Bilanzgewinns zu prüfen und über das Ergebnis schriftlich an die Gesellschafterversammlung zu berichten.
- (3) Die Gesellschafterversammlung hat in den ersten acht Monaten des neuen Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses, über die Genehmigung des Lageberichts, über die Verwendung des Jahresergebnisses oder Bilanzgewinns und über die Entlastung der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates zu beschließen.
- (4) Von der Gesellschaft veröffentlichte Informationen über das Unternehmen sollen auch über die Internetseite der Gesellschaft zugänglich sein. Hierzu zählen u.a. der Gesellschaftsvertrag, der Lagebericht, der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss und die Entsprechenserklärung zum Hamburger Corporate Governance Kodex.

§ 15 Gleichstellung

Das Hamburgische Gleichstellungsgesetz (HmbGleiG) ist sinngemäß anzuwenden. Dies gilt insbesondere für die Bestellung einer oder eines Gleichstellungsbeauftragten, für die Erstellung eines Gleichstellungsplans sowie Stellenbesetzungsverfahren.

§ 16 Beziehungen zu den Gesellschaftern, Beteiligungen

- (1) Jeder Gesellschafter ist berechtigt, sich von der Ordnungsmäßigkeit und der Zweckmäßigkeit des Geschäftsgebarens zu überzeugen. Die FHH und jeder Gesellschafter sowie die an der VHH Beteiligungsgesellschaft mbH beteiligten Umlandkreise können dazu durch Beauftragte Einsicht in den Betrieb und in die Bücher und Schriften nehmen, sofern dies nicht gegen vergaberechtliche Vorschriften verstößt.
- (2) Die FHH nimmt die Rechte aus § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes in Anspruch. Dem Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg stehen die Rechte aus § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes zu.
- (3) Die Gesellschaft darf sich an einem anderen Unternehmen mit mehr als 20 % des Grund- oder Stammkapitals nur beteiligen, wenn hierfür die Zustimmung der zuständigen Behörde der Gesellschafter vorliegt, in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens die in den Absätzen 1 und 2 genannten Rechte festgelegt werden und bestimmt wird, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechend den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen und zu prüfen sind. Der Zustimmung der zuständigen Behörde bedarf es auch, wenn eine solche Beteiligung erhöht, ganz oder zum Teil veräußert oder eine Maßnahme vergleichbarer Bedeutung (z.B. Kapitalerhöhung/-herabsetzung, Änderung des Unternehmensgegenstandes, Abschluss, Änderung und Aufhebung von Beherrschungsverträgen, Änderung des staatlichen Einflusses im Aufsichtsorgan) durchgeführt werden soll. Bei einer Mehrheitsbeteiligung ist außerdem eine Regelung gemäß Satz 1 und 2 dieses Absatzes zu treffen.

§ 17 Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften.

§ 18 Schlussbestimmungen

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages ganz oder teilweise rechtsunwirksam oder nichtig sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame oder nichtige Bestimmung ist durch eine rechtsgültige Regelung zu ersetzen, die dem von den Gesellschaftern erkennbar angestrebten wirtschaftlichen Zweck so nahekommt, als dies rechtlich nur möglich ist. Entsprechendes gilt, falls sich eine Regelungslücke ergeben sollte.
- (2) Die Kosten des Gesellschaftsvertrags und seiner Durchführung trägt die Gesellschaft.

Hierdurch bescheinige ich, der Hamburgische Notar

**Dr. Andre Vollbrecht,
Gänsemarkt 50, 20354 Hamburg,**

gemäß § 54 GmbH-Gesetz, dass die geänderten Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages mit dem Beschluss über die Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 10.12.2021 (UR-Nr. 1844/2021 des Notars Dr. Andre Vollbrecht) und die unveränderten Bestimmungen mit dem zuletzt zum Handelsregister eingereichten vollständigen Wortlaut des Gesellschaftsvertrages übereinstimmen.

Hamburg, den 10. Dezember 2021

(Siegel)

gez. Dr. Vollbrecht

Dr. Vollbrecht
Notar